



Strom ohne Atom

**2022 gehen die letzten AKW in Deutschland vom Netz.
Wie es dazu kam, wer darüber jammert, was die neue
Bundesregierung tun muss, damit die Energiewende
gelingt. Und warum selbst Atom-Fans weiter Licht haben**

Schwerpunkt Seite 6–11 und 18/19

Foto: Platièreux / Flickr

Der Nachbar

Karsten Hinrichsen zog neben das AKW Brokdorf, gegen das er vier Jahrzehnte kämpfte. An Silvester wird es abgeschaltet

Seite 12/13

Die Touren

48 Etappen über insgesamt mehr als 2.500 Kilometer – bei den Aktions-Radtouren im Sommer '22 ist für jede*n das passende Teilstück dabei. Der ganze Plan auf

Seite 14/15

Der Fehler

Zwei Nachhaltigkeits-Expert*innen erklären, warum ein grünes EU-Mäntelchen für Atomkraft den ökologischen Umbau der Wirtschaft torpedieren würde

Seite 16/17

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Kalte und warme Hintern

Einleitung | Sitzen Atomkraft-Fans bald im Dunkeln? Und warum sorgen sich ausgerechnet die größten Kohlefans und Energiewende-Blockierer plötzlich angeblich ums Klima? Eine Orientierung

8 Merkels Atom-Wendung

Analyse | Von der schwarz-gelben Laufzeitverlängerung im Pakt mit den Atomkonzernen zum Atomausstieg Ende 2022: Der Super-GAU von Fukushima stellte Merkels Atompolitik auf den Kopf. Die Energiewende aber torpedierte die Union

10 „Jedes abgeschaltete AKW schafft Anreize für Erneuerbare“

Interview | Strommarkt-Experte Philipp Litz über Versorgungssicherheit beim Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien, die Kosten einer verhinderten Energiewende und die Bedeutung des CO₂-Preises für den künftigen Strommarkt

12 „Die Stilllegung ist auf den Protest zurückzuführen“

Porträt | Karsten Hinrichsen, 78, Meteorologe, lebt in Sichtweite des AKW Brokdorf, gegen das er seit Jahrzehnten kämpft. Am 31. Dezember geht der 35 Jahre alte Reaktor für immer vom Netz

14 Dem Ausstieg entgegen

Aktion | 2022 gibt es für Atomkraftgegner*innen eine Menge zu feiern. Zum Beispiel bei den Aktions-Radtouren, die .ausgestrahlt zusammen mit Bündnispartner*innen und örtlichen Initiativen organisiert

16 „Atomkraft steht im Widerspruch zu Nachhaltigkeit“

Interview | Anika Leufen und Robert Balázs, Referent*innen beim Forum für Nachhaltige Geldanlagen, über die Bedeutung der EU-Taxonomie für die ökologische Transformation der Wirtschaft und den Schaden, den diese durch eine „grüne“ Einstufung von Atomkraft nehmen würde

18 Vor dem Aus (Teil 1)

Rückblick | Mit Brokdorf und Grohnde gehen Ende des Jahres zwei bei ihrem Bau heftigst umkämpfte Reaktoren vom Netz, außerdem der dritte und letzte Reaktor im bayerischen Gundremmingen

20 .ausgestrahlt-Shop

21 .ausgestrahlt fördern

22 Rückblick

24 Erneuerbare weltweit auf dem Vormarsch

Infografik | Von wegen deutscher Sonderweg: Die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien wächst weltweit – und das stärker als die aus Kohle-, Gas-, Öl- und Atomstrom zusammen

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Mehr als 3.700 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!

ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 19-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

ausgestrahlt.de/newsletter

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis.

ausgestrahlt.de/magazin

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg

info@ausgestrahlt.de

ausgestrahlt.de

Redaktion: Angela Wolff, Anna Stender, Armin Simon, Jochen Stay

Bildredaktion: Kina Becker

Mitarbeit: Carolin Franta, Jürgen Rieger, Sarah Lahl, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 20.000

V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Kai Löffelbein

Nicht nur Brokdorf geht vom Netz – yippieh!

Gemeinsam gewinnen

Liebe Leser*in,

wer gerne in die Berge geht, kennt das Gefühl: Das Ziel ist lange klar, der Weg aber zieht sich, nimmt immer neue Wendungen. Auf jede Herausforderung folgt eine neue. Man findet Zwischenziele, die man erreicht, auch wichtige, Weggabelungen, Sehenswürdigkeiten, Pässe, die ins nächste Tal führen, kühle Bäche zur Erfrischung. Es geht bergauf und bergab, die Beine werden müde. Das Auge schweift in die Ferne, die Hoffnung wächst. Jede Kuppe wird zum ersehnten Gipfel. Doch hinter den meisten taucht einfach eine neue Wegetappe auf. Irgendwann fokussiert sich die Aufmerksamkeit wieder auf das Stück, das direkt vor einem liegt. Oder man plaudert. Und plötzlich steht man oben auf dem Gipfel und hat es fast nicht gemerkt.

So ähnlich ist das auch mit dem Abschaltjahr 2022, das vor uns liegt. Wenige Wochen noch, dann gehen die AKW Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C vom Netz. Und wenn nichts mehr dazwischenkommt, folgen binnen

eines Jahres die dann noch übrigen drei Atomkraftwerke Lingen/Emsland, Neckarwestheim-2 und Isar/Ohu-2. Spätestens am 31.12.2022 muss Schluss sein, so steht es im Atomgesetz.

Hunderttausende haben sich dafür jahrzehntelang eingesetzt, haben gekämpft, argumentiert, gestritten, demonstriert, Druck gemacht und Zeichen gesetzt. Ihnen entgegen stand eine der mächtigsten Branchen der Republik mit milliardenschweren Großkonzernen und anfangs sogar die gesamte politische Parteienlandschaft. David gegen Goliath, sozusagen. David aber, so sieht es jedenfalls aus, hat schlussendlich gewonnen. Wir haben gewonnen, Du hast gewonnen – alle gemeinsam werden wir nächstes Jahr gewonnen haben. Und das wollen wir feiern.

Klar, da bleibt ein ganzer Berg an Problemen, ein Berg an Atom Müll, Atomfabriken, Länder, die weiter auf Atomkraft setzen, und immer noch starke Interessengruppen, die für Atomkraft werben, ihr Vorteile verschaffen wollen, die vielleicht sogar von neuen Reaktoren und einem Wiedereinstieg in die Nuklear- und Pluto-

niumwirtschaft träumen. Und die Energiewende, deren Fundament die Anti-Atom-Bewegung gelegt hat, ist noch lange nicht in trockenen Tüchern. Das alles braucht weiter unsere Aufmerksamkeit und unser Engagement. (Alleine die atompolitischen Forderungen an die kommende Regierung, die .ausgestrahlt im letzten Magazin aufgelistet hat, umfassen 21 Punkte.)

Das wichtigste Etappenziel aber, die Abschaltung der AKW, auf die wir direkten politischen Einfluss nehmen können, die in Deutschland nämlich, dieses Ziel werden wir aller Voraussicht nach 2022 erreichen. Es ist ein Riesenziel, weswegen .ausgestrahlt auch zum Feiern Großes plant: Zwei Aktions-Radtouren im Sommer 2022, je eine durch Nord- und Süddeutschland, von einem aktuellen oder ehemaligen atompolitischen Schauplatz zum nächsten, mit Veranstaltungen und Happenings auf jeder Etappe. Bist auch Du dabei, an einem Ort, auf einer Etappe oder gar länger? Bring deine Mitstreiter*innen mit! Alle Infos findest Du auf Seite 14/15.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Foto: NOAA / wikimedia

Hurrikan „Ida“ auf dem Weg nach Louisiana am 29. August

Hurrikan „Ida“: Notstromfall in US-AKW

Notstromdieselgeneratoren müssen Ende August die Kühlung der Brennelemente im Atomkraftwerk Waterford-3 im US-Bundesstaat Louisiana sicherstellen, um eine Kernschmelze zu verhindern. Nur wenige Stunden, nachdem der Betreiber den Reaktor wegen des herannahenden Sturms heruntergefahren hat, kappt Hurrikan „Ida“ die Stromleitungen des AKW – der Notstromfall tritt ein. Vier Tage lang hängt die Kühlung des Reaktorkerns, der auch im abgeschalteten Zustand noch immens heiß ist, alleine von den beiden Dieselgeneratoren der Anlage ab. Die großen Notstromaggregate in den AKW sind fehleranfällig und versagen bei Test immer wieder einmal ihren Dienst. In Waterford-3 funktionierten sie dieses Mal. Der Vorfall zeigt aber, wie sehr Wetterereignisse, die im Zuge der Klimakrise schon heute immer häufiger auftreten, Atomkraftwerke noch riskanter machen.

1,4-Milliarden-Euro-Geschenk für Vattenfall

Die Bundesregierung hat im Frühjahr offenbar ohne Not der Zahlung von 1,4 Milliarden Euro an den schwedischen Staatskonzern Vattenfall zugestimmt. Das legt ein aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Energiecharta-Vertrag nahe. Die Richter stellen darin klar, dass Konzerne aus EU-Staaten andere EU-Staaten nicht vor privaten Schiedsgerichten verklagen dürfen – auch wenn der Vertrag eine solche Klagemöglichkeit vorsieht.

Vattenfall hatte just unter Berufung auf eine solche Klausel im Energiecharta-Vertrag die Bundesregierung vor einem privaten Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagt, weil die Pannenmeiler Brunsbüttel und Krümmel nach Fukushima ihre Betriebserlaubnis verloren hatten.

Mit dem Anfang März geschlossenen, 1,4 Milliarden Euro teuren Vergleich kam die schwarz-rote Regierung einem Urteil des Schiedsgerichts zuvor. Fachleuten zufolge war allerdings schon damals absehbar, dass der EuGH solchen Schiedsgerichtsklagen den juristischen Boden entziehen würde: Schon 2018 hatte der EuGH in einem ähnlichen Fall nämlich genauso geurteilt. Unter solchen Umständen einen so teuren Vergleich zu schließen, urteilt ein Gastkommentator im „Handelsblatt“, sei wie „Lösegeld zahlen, nachdem bereits klar geworden ist, dass die Geisel fliehen konnte.“



Foto: Moritz Richter / Compact

Demo gegen den Energiecharta-Vertrag in Berlin am 2. Juni

Vertuschter Fallout bei Mururoa-Tests

Mindestens drei Atombombentests in Französisch-Polynesien haben deutlich mehr Radioaktivität freigesetzt als bisher offiziell eingeräumt. Das ergab die Auswertung lange geheimer Dokumente durch Wissenschaftler*innen des Forschungskollektivs INTERPRT. Beim „Centaure“-Test 1974 erreichte der Fallout sogar das 1.200 Kilometer entfernte Tahiti, wo mehr als 110.000 Menschen einer Strahlendosis von mehr als einem Millisievert ausgesetzt waren – Frankreich sprach bisher von lediglich 10.000 Betroffenen. Die „Mururoa Files“ enthüllen auch, dass Frankreich mehrfach Atomtests bei so ungünstigen Winden zündete, dass sie selbst nach offiziellen Richtlinien hätten abgesagt werden müssen. Vor dem Hintergrund, dass sowohl die militärische als auch die zivile Nutzung der Atomenergie für die französische Regierung eine wichtige Rolle spielen, hielt diese die Dokumente jahrzehntelang unter Verschluss. Original-Dokumente (frz.) und Untersuchung (engl.) findest Du unter moruroa-files.org



Foto: Jean Yves Charrier / wikimedia

Atomtest „Capricorne“ auf Mururoa am 16. Juni 1974

Havariertes Atom-U-Boot K-19: Die beiden Reaktoren versenkte die sowjetische Marine im Arktischen Meer



Foto: U.S. Navy / wikipedia

Atommüllkippe Arktisches Meer

Eine Expedition hat im Norden Russlands die Position von zwei defekten Reaktoren des sowjetischen Atom-U-Bootes K-19 ausfindig gemacht. Sie waren östlich der Insel Nowaja Semlja in einem Container versenkt worden. Es sind nicht die einzigen brisanten radioaktiven Altlasten, die im Arktischen Meer lagern: Die Sowjetunion versenkte dort massenweise radioaktiven Müll, darunter kontaminierte Maschinenteile, Atomreaktoren und sogar ein komplettes Atom-U-Boot. Zwei weitere sowjetische Atom-U-Boote sanken bei Unfällen. Insbesondere das Gebiet um das ehemalige Atomtestgelände auf Nowaja Semlja ist als Atomfriedhof bekannt. Schon lange fordern Umweltorganisationen, zumindest die Atom-U-Boote K-27 bei Nowaja Semlja und K-159 vor der Kola-Halbinsel in der Barentssee so schnell wie möglich zu bergen, bevor sie explodieren oder lecken. Auch dem russischen Umweltministerium ist das Problem seit langem bekannt. 2011 verkündete es, dass die beiden Boote spätestens 2014 geborgen werden sollten – bisher ohne Konsequenzen.

Entwicklungsbank plant Atom-Hilfe

In dem aktuellen Entwurf ihrer neuen Energiepolitik erklärt sich die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) unter anderem bereit, Staaten zu beraten, wie sie Atomenergie als angeblich „klimafreundliche Alternative“ ausbauen können. Damit bricht sie den stillschweigenden Konsens aller internationalen Finanzinstitutionen, Atomenergie wegen der immens hohen Kosten und gravierenden Sicherheitsrisiken nicht zu finanzieren. Die Pläne der ADB lassen außerdem Schlupflöcher für die Finanzierung fossiler Energien. Das Nichtregierungsorganisations-Netzwerk „Forum on ADB“ und die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald kritisieren, dass die Pläne der ADB die Ziele des Pariser Klimaabkommens verfehlen und die aktuellen Erkenntnisse des 6. Berichts des Weltklimarats (IPCC) außer Acht lassen. Deutschland hat einen Posten im Verwaltungsrat der ADB, der im Oktober über den Entwurf abstimmen soll. Urgewald fordert, die Zustimmung zu verweigern. urgewald.org

Salz zurück unter die Erde

Das Bergwerk Gorleben wird endgültig stillgelegt. Die ursprünglich zur Einlagerung von Atommüll in den Salzstock gegrabenen Schächte und Stollen sollen nach jahrzehntelanger Auseinandersetzung wieder mit Salz verfüllt werden. Das gab die Bundesgesellschaft für Endlagerung bekannt. Vergangenes Jahr war der 1977 aus politischen Gründen festgelegte Standort aus dem Suchverfahren für ein langfristiges Lager für hochradioaktiven Atommüll gefallen, weil er wichtige geologische Voraussetzungen nicht erfüllt und es zweifellos besser geeignete Standorte gibt. Die Zwischenlager-Halle neben dem Bergwerk, in der die 113 bereits nach Gorleben transportierten Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll stehen, ist von der Entscheidung nicht betroffen. Die Halle ist nur bis zum Jahr 2034 genehmigt. Was danach mit den Behältern passiert und wie lange diese dicht bleiben, ist unklar. Die Einlagerung in ein tiefegeologisches Lager, dessen Standort noch gefunden werden muss, wird frühestens 2050 beginnen, wahrscheinlich deutlich später.



Fahrzeuge und Einbauten raus, Salz wieder rein: Bergwerk Gorleben

Foto: Andreas Conradt / PubliViewing

30. und 31.
OKTOBER 2021
ONLINE

2. ALTERNATIVE STATUS-KONFERENZ

zur Standortsuche für ein Atommüll-Lager

Mehr als 50 Prozent der Landesfläche hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als „potentiell geeignet“ für ein geologisches Tiefenlager für den hochradioaktiven Atommüll ausgewiesen. Zugleich hat sie den Salzstock Gorleben wissenschaftsbasiert aussortiert.

Auf der 2. Alternativen Statuskonferenz ziehen Umweltorganisationen, Wissenschaftler*innen, Initiativen und Expert*innen eine kritische Bilanz der Standortsuche: Wie sind Stimmung und Diskussionsstand in den betroffenen Gebieten – zwischen NIMBY („nicht bei mir“), gesellschaftlicher Verantwortung und solidarischer Vernetzung? Welche Erfahrungen gibt es mit der Öffentlichkeitsbeteiligung? Was ist von der bisherigen Arbeit des Atommüll-Bundesamtes und der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zu halten? Welche Rolle spielt der schwach- und mittelradioaktive Müll in der Debatte? Wie können sich Aktive in den Teilgebieten bestmöglich organisieren und vernetzen? Was passiert mit den Zwischenlagern?

Die Konferenz, initiiert von .ausgestrahlt und mitveranstaltet vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, will dazu beitragen, Aufklärung, Austausch und Vernetzung Betroffener voranzubringen.

Mehr Informationen und Anmeldung:
ausgestrahlt.de/ask



Kalte und warme Hintern

Einleitung | Sitzen Atomkraft-Fans bald im Dunkeln? Und warum sorgen sich ausgerechnet die größten Kohlefans und Energiewende-Blockierer plötzlich angeblich ums Klima? Eine Orientierung

Axt und Keule – wenn es ums Durchsetzen ihrer Reaktoren ging, waren die Atomkonzerne nicht gerade zimperlich mit ihren Propaganda-Mitteln. „Atomkraftgegner überwintern bei Dunkelheit mit kaltem Hintern“, reimten sie in den 1970ern des vorigen Jahrhunderts, die Aufkleber mit dem Spruch illustrierte eine krakelige Zeichnung der oben genannten Neandertaler-Werkzeuge. Es war die Zeit der Bauplatzbesetzungen in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und anderswo. Hunderttausende gingen allerorten gegen die Atomkraftwerke auf die Straße. Nicht wenige nahmen dabei oder in den folgenden Jahrzehnten tatsächlich sogar kalte Hintern in Kauf – in Polizeikesseln, Hüttendörfern und später auf Castor-Transportstrecken. Die von der Atomlobby als rückwärtsgewandte Primi-

tivlinge diffamierten Atomkraftkritiker*innen schufen eine der bedeutendsten Widerstandsbewegungen der Bundesrepublik, der es mit Ausdauer, Optimismus, Phantasie und guten Argumenten am Ende gelang, sich gegen eine der mächtigsten Branchen des Landes und ihre Fürsprecher*innen vor allem in Union und FDP durchzusetzen (siehe auch Seite 8/9).

Knapp 50 Jahre nach den ersten Massenprotesten und dank ihres fulminanten Wiederauflebens steht diese Bewegung und alle, die ihren Teil dazu beigetragen haben, nun kurz vor ihrem größten Sieg: der endgültigen Abschaltung der letzten AKW in Deutschland. Von den sechs Reaktoren, die noch am Netz sind, werden drei – Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C – Ende diesen Jahres ihren Betrieb einstellen (siehe auch Seite 17/18). Spätestens

Fotos (v.l.n.r.)
Stefan Dieffenbach-Trommer,
Jakob Huber,
Josh Feitelson,
Jakob Huber,
J. Gyarmaty,
Archiv



zum Jahreswechsel 2022/23 müssen die AKW Lingen/Emsland, Ohu/Isar-2 sowie der Riss-Reaktor Neckarwestheim-2 folgen. So hat es der Bundestag 2011 mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen beschlossen; selbst die Energiekonzerne haben das inzwischen akzeptiert. Die öffentliche Auseinandersetzung dreht sich bereits um die nächsten Fragen: Wie nun auch die fossile Stromerzeugung schnellstmöglich zurückgefahren werden kann? Und wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien endlich wieder Fahrt aufnimmt?

Die Anti-Atom-Bewegung hat den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien einst angestoßen, inzwischen boomen diese weltweit (siehe Infografik auf Seite 24). Die Atomstromproduktion haben Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie hierzulande bereits 2011 überholt. Im Jahr 2020 erzeugten sie zusammen rund 250 Milliarden Kilowattstunden, das ist viermal so viel, wie die verbliebenen AKW noch produziert haben. Und es ist auch weit mehr als die 170 Milliarden Kilowattstunden, welche die Atomkraft in Deutschland in ihren besten Jahren je zusammengebracht hat. Die Erneuerbaren Energien haben also rechnerisch nicht nur die Atomkraft längst komplett kompensiert, sondern darüber hinaus seit Jahren auch noch die fossile Stromerzeugung erheblich reduziert: 2019 lag diese ein Viertel unter der von 1991, im Corona-Jahr 2020 sogar ein ganzes Drittel darunter.

Krokodilstränen von Kohlefans

Um die Klimaziele einzuhalten und die fossile Stromerzeugung so schnell wie möglich herunterzufahren, müssen die Erneuerbaren allerdings deutlich schneller ausgebaut werden als zuletzt. Umso bizarrer wirkt, wenn nun ausgerechnet jene, die eben diesen Ausbau seit

Jahren nach Kräften behindern und bremsen, nun schon wieder nach Atomkraft rufen oder ihr öffentlich hinterhertrauern, angeblich auch noch aus Klimaschutzgründen.

CDU-Möchtegernvorsitzender Friedrich Merz etwa, der 2010 gemeinsam mit den Chefs der Atomkonzerne in ganzseitigen Zeitungsanzeigen einen „energiepolitischen Appell“ unterschrieben hatte, in dem er für Atom- und Kohlekraftwerke warb, flötet nun auf einmal, er hätte statt der AKW lieber mehr Kohlekraftwerke abgeschaltet. Auch von CDU-Kanzlerkandidat Laschet, der unlängst im Wahlkampf in dasselbe Horn stieß, ist kein Vorstoß bekannt, mit dem er sich in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten einmal für das Abschalten von Kohlekraftwerken stark gemacht hätte – obgleich er als Ministerpräsident des Kohle-Bundeslandes NRW dazu jeden Anlass gehabt hätte. Aktiv geworden ist er vielmehr immer nur *gegen* ein Abschalten von Kohlekraftwerken. So etwa 2019, als die Bundesregierung am Kohleausstiegsgesetz bastelte: Da traf sich Laschet, wie Greenpeace-Recherchen belegen konnten, regelmäßig mit RWE, und zwar stets vor oder nach den entscheidenden Verhandlungsterminen. Einem Vermerk des Bundeskanzleramts zufolge traten RWE und NRW dann auch gemeinsam dafür ein, am Abriss weiterer Dörfer zugunsten des Braunkohleabbaus in Garzweiler II festzuhalten. Unterm Strich führten die Interventionen, so Greenpeace, „zu einer erheblichen Verlängerung der Laufzeiten gerade für RWEs Braunkohleblöcke“ – für den Klimaschutz also ein deutlicher Schlag ins Kontor.

Auch wenn demnächst binnen 12 Monaten insgesamt sechs AKW vom Netz gehen – was die Politik übrigens 2011, als sie die Abschaltedaten festlegte, bewusst in Kauf nahm: Die Versorgungssicherheit gerät dadurch nicht in Gefahr

– siehe auch Interview Seite 10/11. Selbst für den Fall einer sogenannten Dunkelflaute, während der kein Wind weht und keine Sonne scheint, gibt es aktuell und wird es auch künftig noch ausreichend wetterunabhängige Backup-Kraftwerke geben, die bei Bedarf einspringen können. Offen ist nur noch, ob sich diese selbst am Markt finanzieren (weil sie ihren Strom in den wenigen Stunden, in denen sie noch laufen, dann zu einem sehr guten Preis verkaufen können) oder ob sie anderweitig, etwa über eine Reservekraftwerks-Regelung, bezahlt werden müssen.

Versorgungssicherheit gewährleistet

Einen ordentlichen Ausbau der Erneuerbaren und einen ausreichend hohen CO₂-Preis vorausgesetzt, könnten diese Backup-Kraftwerke für eine Übergangszeit sogar mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, ohne dass dies ein Widerspruch zum Klimaschutz wäre. Schließlich werden sie umso seltener benötigt, je mehr Erneuerbaren-Anlagen am Netz sind, und hohe CO₂-Preise dürften ihre Einsatzdauer zuverlässig auf das tatsächlich nötige Maß begrenzen. Laufen sie aber nur kurze Zeit im Jahr, ist auch ihr CO₂-Ausstoß nicht mehr so hoch.

In einigen Jahren werden diese Backup-Kraftwerke, die die Erneuerbaren nur bei Bedarf ergänzen, dann auch selbst mit aus Erneuerbaren Energien erzeugtem Wasserstoff (oder daraus erzeugtem EE-Methan) betrieben werden. Ihr Brennstoff, speicherbar in Gasleitungen und Gaskavernen, fungiert dabei zugleich als Langzeitspeicher. Auch ohne Atomstrom, so viel ist sicher, wird also auch in windstillen kalten Nächten niemand auf Kerzen und Wärmflaschen zurückgreifen müssen. Selbst die größten Atomstrom-Fans nicht.

Armin Simon



Merkels Atom-Wendung

Analyse | Von der schwarz-gelben Laufzeitverlängerung im Pakt mit den Atomkonzernen zum Atomausstieg Ende 2022: Der Super-GAU von Fukushima stellte Merkels Atompolitik auf den Kopf. Die Energiewende aber torpedierte die Union

Als Angela Merkel 2005 ins Kanzleramt einzieht, ist die promovierte Physikerin bekennende Atomkraftbefürworterin und fest entschlossen, die von Rot-Grün 2000 beschlossene Einschränkung der AKW-Laufzeiten über kurz oder lang zu kippen. Doch in der Großen Koalition mit der SPD ist ein Zurück zur Atomkraft undenkbar. Merkels Chance auf eine andere Atompolitik kommt erst mit der zweiten Amtszeit.

Wahljahr '09 – Merkels Atombündnis

Es wäre wirklich „jammerschade“, wenn Deutschland aus der Atomkraft aussteigen würde, moniert die Kanzlerin in ihrer Rede beim „Tag der Deutschen Industrie“ im Sommer des Wahljahres 2009: „Wenn wir den Ausstieg aus der Kernenergie wieder rückgängig machen und nicht zulassen, dass wir bei jedem Kohlekraftwerk unsinnige Konflikte bekommen, und gleichzeitig in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien investieren, dann haben wir auch als Energiestandort eine Chance.“

Im Wahlprogramm, das wenige Tage später erscheint, erklären CDU und CSU schließlich verhalten, dass sie Laufzeitverlängerungen für die angeblich „sicheren deutschen Kraftwerke“ anstreben. Den Bau neuer AKW schließen sie aus – wohlwissend, dass dies zu teuer und in Deutschland ohnehin nicht durchsetzbar wäre. Ein pro-nuklearer Bündnispartner steht mit der FDP ebenfalls bereit.

Konzerninteressen statt Klimaschutz

Wenn Angela Merkel in jenen Jahren von Atomkraft als „Brückentechnologie“ spricht, ist darin keineswegs ein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen inbegriffen. Kohle und Erdgas haben lange einen festen Platz im Merkel'schen Energiemix. Sie strebt keineswegs einen Systemwechsel im Sinne einer dezentralen, demokratisierten Stromerzeugung auf Basis von regenerativen Energiequellen an. Merkels Aussagen zum Klimaschutz zielen vor allem auf fragwürdige technische Lösungen ab. Die ehemalige Umweltministerin träumt von neuen, „sauberen“ und effizienteren Kohle- und Gaskraftwerken, von Emissionsfiltern und CO₂-Speichern – nicht von einer nachhaltigen, zukunfts- und vor allem generationengerechten Umweltpolitik. Der Ausbau von Wind- und Solarkraft ist für Merkels CDU nur ein ziemlich kleines Stück vom Kuchen. Ihre Energiepolitik ist zu keinem Zeitpunkt transformativ, sondern stets darauf ausgerichtet, das bestehende fossil-atomare System so lange wie möglich zu erhalten.

Denn schon damals ist klar, dass die nicht bedarfsgerecht steuerbaren Atomkraftwerke einem zügigen und konsequenten Ausbau von Windkraft und Solarstrom im Weg stehen und eine echte Energiewende blockieren. Dass die atompolitische Rolle rückwärts, die Merkels Union 2009 forciert, die aufstrebende Windenergie-

Fotos (v.l.n.r.):
Karin Behr,
Karin Behr,
Julia Baier,
T. Frisch,
Julia Baier,
Andreas Conradt PubliXviewinG



und Solarbranche hart treffen würde, nimmt die Kanzlerin zugunsten der Atom- und Kohlekonzerne in Kauf.

Anti-Atom-Bewegung wiederbelebt

Es lässt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass Union und FDP nach der Wahl im Herbst 2009 nicht wegen, sondern trotz ihrer atompolitischen Pläne die Mehrheit im Bundestag bilden. Denn in Umfragen lehnt die Bevölkerung Laufzeitverlängerungen für die deutschen Atommeiler auch damals schon mehrheitlich ab. Selbst die Anhänger*innen der Union sprechen sich dagegen aus. Und nicht nur die Umfragen geben ein deutliches Stimmungsbild wieder: Nach dem Wahlsieg der Atom-Koalition wächst der Widerstand in Form von Groß-Demonstrationen und Menschenketten auch auf der Straße.

Die Kanzlerin hat die atomkritische Stimmung in der Bevölkerung und den gesellschaftlichen Konflikt, der durch die rot-grüne Atompolitik weitgehend befriedet war, gewaltig unterschätzt. Entsprechend beeindruckt zeigt sie sich, als plötzlich das ganze Land anti-atom-bewegt zu sein scheint. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 zögert Merkel zunächst mit der Umsetzung ihres Atomprogramms. Erst rund ein Jahr nach der Wahl, im Oktober 2010, löst die schwarz-gelbe Koalition ihr Versprechen an die Atomkonzerne schließlich ein und verlängert die Laufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke um bis zu 15 Jahre. Die Meiler sollen somit allen sicherheitstechnischen Risiken zum Trotz insgesamt 40 bis 50 Jahre laufen – ein Goldpreis für Vattenfall, Eon, RWE und EnBW.

Von der Atomkanzlerin zur Ausstiegskanzlerin

Wenige Monate später, am 11. März 2011, trifft ein schweres Seebeben die Ostküste Japans

und löst eine riesige Flutwelle aus, die viele Menschen das Leben kostet. Zugleich werden mehrere AKW durch Beben und Flut schwer beschädigt. In drei Reaktoren des AKW Fukushima Daiichi kommt es daraufhin zur Kernschmelze – eine Atomkatastrophe, die bis heute andauert. Nur Glück im Unglück verhindert, dass Japan bis tief ins Landesinnere schwer verseucht wird; der Wind treibt die radioaktive Wolke stattdessen auf den Pazifik hinaus.

Das Reaktorunglück von Fukushima wird für Angela Merkel zur Zäsur. Wenn in einem Hightech-Land wie Japan mit höchsten Sicherheitsstandards ein solcher Unfall passiert, könne „auch Deutschland nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“, erklärt die Kanzlerin und kündigt ein Moratorium an: Alle 17 Atomkraftwerke sollen – zumindest auf dem Papier – sicherheitstechnisch überprüft werden, die acht technisch ältesten werden, zunächst als „Moratorium“ befristet, sofort vom Netz genommen.

Deutschlandweit gehen Hunderttausende auf die Straßen und fordern den sofortigen Atomausstieg. Zwei Wochen nach dem Super-GAU in Fukushima verliert die CDU die Landtagswahl in Baden-Württemberg – fortan regieren die Grünen im Ländle. Die anhaltenden Proteste und das Wahlergebnis setzen die Kanzlerin unter Druck. Im Juni nimmt der Bundestag die gerade erst beschlossene Laufzeitverlängerung zurück und beschließt, die acht vom Netz genommenen Meiler endgültig stillzulegen; die restlichen neun erhalten feste Abschalttermine bis Ende 2022, zu denen sie spätestens vom Netz gehen müssen. Das ist zwar alles andere als ein zügiger Atomausstieg, für Union und FDP jedoch eine 180-Grad-Wendung.

Angela Merkel hält sich in den folgenden Jahren weitgehend aus atompolitischen Fragen heraus und rettet sich und ihre Partei mit Kommissionen über schwierige – und nach wie vor

ungelöste – Fragen wie dem Atomüll-Problem hinweg. Der Atom-Konflikt hat Spuren hinterlassen.

Energiewende abgebremst

Zehn Jahre nach Fukushima hat der Ausbau der Erneuerbaren den Wegfall der Atomkraft längst überkompensiert. Der Anteil regenerativer Energiequellen im deutschen Strommix liegt aktuell bei etwa 42 Prozent – 2010 waren es 17 Prozent. Der Zuwachs bei den Erneuerbaren ist allerdings nicht der deutschen Energiepolitik der vergangenen 16 Jahre zu verdanken. Im Gegenteil: Die Regierung Merkel hat alles daran gesetzt, den Solar- und Windkraft-Boom nach Fukushima regelrecht abzuwürgen und den schnellen Ausbau der Erneuerbaren nach Kräften zu blockieren. Bis heute fehlen Konzepte und politischer Wille zu einem echten Ausstieg aus dem fossil-atomaren Energiesystem.

Als sich 2018 etwa im Rahmen einer atomrechtlichen Änderung die Gelegenheit bietet, die Übertragung von Reststrommengen bereits abgeschalteter AKW auf die drei Atomkraftwerke im windreichen Norden zu untersagen, schlägt die Bundesregierung diese Option aus. Stattdessen löst sie die Konkurrenzsituation zwischen Atomkraft und Windenergie im „verstopften“ Stromnetz, indem sie Windanlagen teuer abregelt und deren Ausbau stoppt.

Zurück zum atomaren Markenkern?

„Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert“, erklärt Angela Merkel vor dem Parlament und bleibt bis zum Ende ihrer Kanzlerschaft dabei. Für ihre Partei gilt das indes nur eingeschränkt. Zwar halten sich die Atom-Fans in der Union nach Merckels Kehrtwende zunächst weitgehend zurück. Je näher jedoch das Ende ihrer Kanzlerschaft rückt, desto häufiger kommen sie wieder aus der Deckung.

Angela Wolff



„Jedes abgeschaltete AKW schafft Anreize für Erneuerbare“

Interview | Strommarkt-Experte Philipp Litz über Versorgungssicherheit beim Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien, die Kosten einer verhinderten Energiewende und die Bedeutung des CO₂-Preises für den künftigen Strommarkt



Foto: Agora Energiewende

Philipp Litz

Politikonom **Philipp Litz** ist beim Berliner Thinktank „Agora Energiewende“ als Projektleiter für die Themen Klimaschutz, Kohleausstieg und Strukturentwicklung in Kohleregionen zuständig.

Herr Litz, Ende des Jahres gehen drei AKW zugleich vom Netz, Ende 2022 folgen die restlichen drei. Die Gefahr eines Atomunfalls reduziert das drastisch. Gerät nun stattdessen die Versorgungssicherheit in Gefahr?

Nein, denn zum einen haben wir ausreichend gesicherte Kraftwerkskapazitäten selbst für mögliche Dunkelflauten, in denen weder Solar- noch Windkraftanlagen nennenswert Strom erzeugen. Zum anderen ist das Stromnetz in Deutschland Teil des europäischen Verbundnetzes und kann Strom mit den Nachbarländern austauschen. Auch die Monitoringberichte von Bundeswirtschaftsministerium und Bundesnetzagentur kommen zum Ergebnis, dass die Versorgungssicherheit auch nach dem Atomausstieg voll gewährleistet ist.

Wie wird sich das Abschalten der AKW im Strommarkt bemerkbar machen?

Das hängt von verschiedenen Faktoren ab: Etwa, wie stark eine neue Bundesregierung jetzt den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreibt. Oder wie das Wetter wird, denn das beeinflusst Solar- und Windstromertrag und den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die zugleich Strom und Fernwärme erzeugen. Auch die Entwicklung der Brennstoff- und CO₂-Preise spielt eine wichtige Rolle, denn die bestimmen, ob Gas- oder Kohlekraftwerke hochfahren, wenn nicht genügend Öko-Strom zur Verfügung steht.

Das klingt ein bisschen, als ob der wegfallende Atomstrom einfach durch fossilen Strom ersetzt wird.

Kurzfristig werden die CO₂-Emissionen vermutlich stagnieren oder sogar leicht steigen. Daran ist aber nicht der Atomausstieg schuld, sondern, dass Deutschland in den vergangenen Jahren beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere beim Ausbau der

Windenergie, hinter seinen Zielen zurückgeblieben ist.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss auch die fossile Stromerzeugung so schnell wie möglich abnehmen. Wie kommen wir dahin?

Die nächste Bundesregierung, egal wie sie sich zusammensetzt, muss in den ersten 100 Tagen ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das einen zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien ins Zentrum stellt: Bei Windkraftanlagen an Land etwa müssen die Mindest-Ausschreibungsmengen auf 5–6 Gigawatt pro Jahr erhöht werden – im letzten Jahr waren es nur gut 3 Gigawatt. Zugleich müssen dafür die nötigen Flächen verfügbar gemacht werden, denn insgesamt brauchen wir zwei Prozent der Landesfläche für den Windkraftausbau. Die neue Bundesregierung sollte auch dafür sorgen, dass die Kommunen finanziell mehr von den Anlagen profitieren. Und sie muss die Genehmigungsverfahren straffen: Die dauern für Windräder mitunter drei bis fünf Jahre, fast so lang wie für ein Kohlekraftwerk.

Ist Ärger mit dem Naturschutz dann nicht vorprogrammiert?

Es geht nicht darum, den Naturschutz auszuhebeln. Was es braucht, sind klare, einheitliche Regeln, damit die Verfahren einfach und schnell durchzuführen sind.

Wie sieht es mit der Solarenergie aus?

Zuletzt hatten wir wieder 5–6 Gigawatt Zubau pro Jahr. Auch das ist aber noch weit entfernt von den 10–15 Gigawatt Solarstrom-Kapazität pro Jahr, die wir brauchen, um das Klimaziel von 65 Prozent weniger CO₂ bis 2030 zu erreichen. Deshalb muss die Bundesregierung die Ausschreibungsmengen für Solarenergie verdreifachen und die Vergütungssätze für Kleinanlagen erhöhen.

Welche Rolle spielen Erleichterungen bei der Eigenstromversorgung, wie sie auch die EU einfordert?

Eigenstromerzeugung ist ein wesentlicher Baustein für die Energiewende – nicht nur wegen der damit erzeugten Strommengen, sondern weil sie, genau wie Bürgerenergie-Projekte, eine breite Beteiligung der Bevölkerung an der Energiewende ermöglicht. Zugleich gibt es ein substanzielles Potenzial an ungenutzten Dachflächen, auf denen Solaranlagen installiert werden können. Um klimaneutral zu werden, brauchen wir aber beides: Bürgerenergie und Erneuerbare Energie im industriellen Maßstab.

Versorgungssicherheit heißt auch, dass Stromangebot und -nachfrage jederzeit in Einklang sein müssen. Wie wird das bei einem immer größeren Anteil Erneuerbarer funktionieren?

Ein kleiner Prozentsatz der Erneuerbaren Energien, Wasser- und Biomassekraftwerke etwa, sind steuerbar. Vollkommen unterschätzt wird bisher die Möglichkeit, die Nachfrage zu flexibilisieren und so kurzfristige Schwankungen auszugleichen. Dies gewinnt gerade mit dem Laden von Elektrofahrzeugen an Bedeutung. Zur Absicherung, schon allein wegen möglicher Dunkelflauten, brauchen wir trotzdem weiterhin regelbare Kraftwerke.

Atom- und Kohlekraftwerke so schnell wie möglich abschalten, aber zugleich Kraftwerkskapazitäten zubauen – ist das nicht widersinnig?

Jedes abgeschaltete Atom- und Kohlekraftwerk macht Platz am Markt – und schafft Anreize für die dringend nötigen Investitionen in Erneuerbare Energien. Dennoch brauchen wir auch künftig noch jede Menge wetterunabhängig regelbare Kraftwerke, die sich entweder regulär am Strommarkt als Backup-Kraftwerke oder im Rahmen einer Reservekapazitätsregelung finanzieren. Das sind etwa besonders gut regelbare Gaskraftwerke ...

... die mit welchem Brennstoff laufen?

Derzeit noch mit Erdgas. Im Zuge der Klimaneutralität müssen sie aber sukzessive umgerüstet werden auf grünen, aus Erneuerbarer Energie erzeugten Wasserstoff. Deshalb sollten neue Anlagen, etwa Gasturbinen oder Gasmotoren, auch gleich für die Beimischung von oder gar den Betrieb mit Wasserstoff ausgelegt werden. Zur zusätzlichen Absicherung können allerdings auch abgeschaltete, also aus dem Markt

genommene fossile Kraftwerke eine Reservefunktion übernehmen: Wenn sie gar nicht oder nur wenige Tage im Jahr laufen, fallen auch ihre CO₂-Emissionen kaum ins Gewicht.

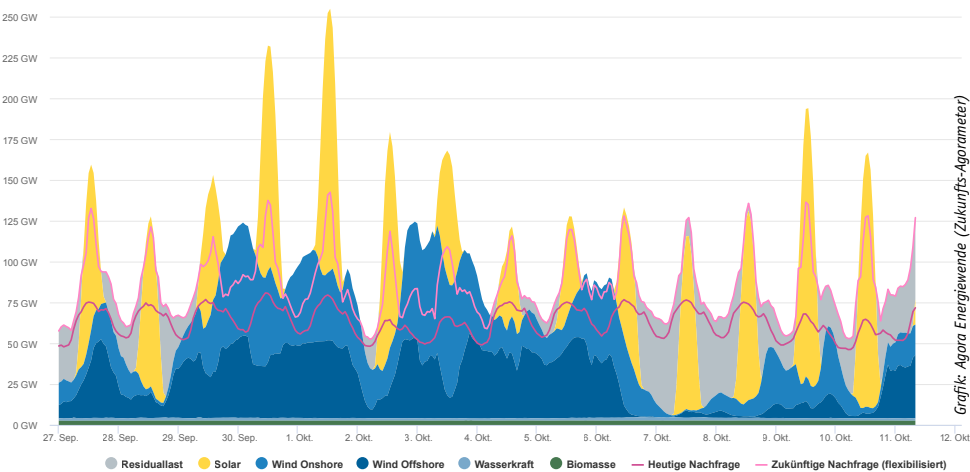
Solche Reservekraftwerkskapazitäten betriebsbereit zu halten oder gar neu zu bauen, muss aber auch bezahlt werden.

Unterm Strich entstehen dadurch keine großen Kosten. Es muss allerdings auf politischer Ebene geklärt werden, wessen Aufgabe es ist, letztlich Versorgungssicherheit zu gewährleisten und wer welche Kosten dafür übernimmt.

Wie verhindern wir, dass der für die Reservekraftwerke künftig benötigte Wasserstoff mit Atomstrom etwa aus Frankreich erzeugt wird?

Zum einen, indem wir ihn zum Teil selbst mit Erneuerbaren Energien produzieren. Zum anderen mit einem guten Zertifizierungssystem, das sicherstellt, dass der Wasserstoff, den wir importieren, auch nachhaltig produziert wird.

An der Börse ist der Strompreis in letzter Zeit kräftig gestiegen, auf ein neues Rekordhoch sogar. Ist das der Preis der Energiewende?



Simulation von Stromerzeugung und -verbrauch bei einem Erneuerbaren-Anteil von 86 Prozent, basierend auf den realen Wetterdaten von 2021. Je nach Windstärke fallen Überschüsse an oder müssen stundenweise Backup-Kraftwerke einspringen

Das ist vielmehr der Preis, den wir für eine zu zögerliche Energiewende zahlen! Denn die Erneuerbaren Energien machen uns unabhängiger von Preisschwankungen fossiler Brennstoffe und tragen aktuell schon zu einer Stabilisierung des Strompreises bei. Der Großteil des aktuellen Preisanstiegs geht auf höhere Erdgaspreise zurück, wofür verschiedene Faktoren eine Rolle spielen: eine besonders hohe Nachfrage aus Asien, wo durch die Hitze viele Klimaanlagen laufen, der kalte letzte Winter bei uns, der die Gas-Speicher geleert hat, die Lieferprobleme von Gazprom. All das sollte ein Anreiz sein, die

Erneuerbaren Energien schneller auszubauen und die Energiewende voranzutreiben.

Angenommen, es klappt mit dem kräftigen Ausbau der Erneuerbaren: Ist dann zu erwarten, dass die Börsenstrompreise wieder sinken?

Die aktuellen Börsenstrompreise sind eine Folge von kurzfristigen Engpässen, die sich auch wieder auflösen werden, durch höhere Erdgasförderquoten oder weil Erdgas durch Erneuerbare Energien ersetzt wird. Längerfristig ist neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien vor allem der CO₂-Preis entscheidend: Ab etwa 100 Euro pro Tonne CO₂ ist es für die Markttakteure günstiger, auf Erneuerbare Energien statt auf Kohle und Gas zu setzen.

Als Signal an den Strommarkt müsste die Politik demnach klarmachen, dass CO₂-Emissionen bald mindestens 100 Euro pro Tonne kosten werden?

Die Pläne der EU für den europäischen Emissionshandel zeigen auch bereits in diese Richtung. Das ist ein doppelter Gewinn für die Energiewende und den Klimaschutz, denn es

setzt einerseits einen Anreiz für den Umstieg auf klimafreundliche Technologien. Und andererseits kann das Geld, das über den Emissionshandel eingenommen wird, für den nötigen Umbau des Stromsystems und für einen sozialen Ausgleich der Mehrkosten genutzt werden. Um die Klimaziele, die sich die EU und Deutschland gesetzt haben, zu erreichen, braucht es aber einen breiten Instrumenten-Mix, der neben CO₂-Preisen auch Ordnungsrecht, steuerliche Anreize und Fördermaßnahmen enthält.

Interview: Armin Simon

„Die Stilllegung ist auf den Protest zurückzuführen“

Porträt | Karsten Hinrichsen, 78, Meteorologe, lebt in Sichtweite des AKW Brokdorf, gegen das er seit Jahrzehnten kämpft. Am 31. Dezember geht der 35 Jahre alte Reaktor für immer vom Netz



Foto: privat

Ich war 1976 an der Uni Hamburg beschäftigt, und die evangelische Studierendengemeinde hatte eingeladen zu einer Diskussion über Atom. Ein Film, der dort gezeigt wurde, der die gesundheitlichen Probleme eines Arbeiters in der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague darstellte, hat mich so sehr beeindruckt, dass ich gleich in die Anti-AKW-Bewegung eingestiegen bin. Damals klagten mehrere Gemeinden und Privatpersonen gegen die Standortgenehmigung für das AKW Brokdorf. Als Meteorologe, der sich mit der Ausbreitung von Schadstoffen auskannte, hat mich die wissenschaftliche Begleitgruppe mit offenen Armen aufgenommen.

Der Prozess konnte den Bau des AKW vier Jahre aufhalten, weil die Gerichte der Meinung waren, dass die Endlagerung des Atommülls nicht geregelt war. Dann haben sich Bund und Länder darauf verständigt, dass eine Endlagerung als geregelt angesehen werden kann, wenn ein Nasslager vorhanden ist, in dem die abgebrannten Brennelemente sechs Jahre lang bleiben können, und zugleich ein Endlager gesucht wird. Damit konnte der Bau dann weitergehen.

Einige Ereignisse aus der Zeit der großen Demonstrationen gegen das AKW Brokdorf werde ich nie vergessen,

„Unsere Hoffnung war, dass wir einen Unfall als Erste mitbekommen, wenn was passiert, und dann fliehen können. Irgendwann haben wir uns auch nicht mehr jeden Tag Gedanken darüber gemacht.“

die haben sich auch in das kollektive Gedächtnis eingegraben: die Hubschrauber bei der großen Demo im Februar 1981 etwa, die direkt über unseren Köpfen flogen und regelrecht Jagd auf Demonstrierende gemacht haben.

Oder die Polizeisperre in Kleve am Rande der Wilstermarsch, wo die Polizei im Juni 1986 Autos von Demonstrierenden zerschlagen hat. Die Leute wurden extrem hart behandelt und die zertrümmerten Autos standen

noch monatelang herum. Kurz darauf mussten im berühmten Hamburger Kessel mehr als 800 Menschen, die sich als Reaktion auf diesen Vorfall spontan versammelt hatten, einen ganzen Tag lang von Polizist*innen umringt ausharren.

Diese Demonstrationen waren sehr wichtig – nicht nur, weil sie den großen Protest gegen das AKW deutlich machten, sondern auch, weil sie die Rolle des Staates in der Auseinandersetzung um die Atomkraft offenlegten. Behörden und Polizei haben sich damals aus meiner Sicht wirklich als Büttel der Atomlobby geriert. Und die höchsten Gerichte haben in mehreren Urteilen im Nachhinein festgestellt, dass sie sich dabei auch unrechtmäßig verhalten haben. Diese wegweisenden Urteile haben die Demonstrationsfreiheit maßgeblich gestärkt – davon profitieren wir auch bei heutigen Auseinandersetzungen noch.

Im Oktober 1986, einige Monate nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl, ging das AKW ungeachtet aller Proteste schließlich ans Netz. Wir wohnen ganz nah dran und sind trotzdem geblieben. Unsere Hoffnung war, dass wir einen Unfall als Erste mitbekommen, wenn was passiert, und dann fliehen können. Irgendwann haben wir uns auch nicht mehr jeden Tag Gedanken darüber gemacht.

Der Widerstand gegen den AKW-Bau war zuerst auch hier in den Dörfern sehr lebendig. Aber als der Brokdorfer Bürgermeister umgeschwenkt war, waren die meisten Brokdorfer*innen schließlich dafür. Wenn jemand kommt wie ich und es ernst meint mit der Verhinderung, kam das nicht immer gut an. Uns wurde auch vorgeworfen, wir seien Anfang der 1980er Jahre extra hierher gezogen, um klagen zu können. Mir war aber immer das ganze Lebensumfeld wichtig, nicht nur das AKW: Du kriegst die Butter vom Nachbarn, hier ist wenig Verkehr, ein Naherholungsgebiet direkt vor der Tür ... Diese Umgebung ist mir sehr ans Herz gewachsen – obwohl ich die Gefahr gesehen habe.

Mit Unterstützung von Anti-AKW-Initiativen habe ich 1986 gegen die zweite Teilbetriebsgenehmigung des AKW geklagt. Der Prozess beruhte im Wesentlichen auf meinem Wissen über die Ausbreitung und Ablagerung von Schadstoffen, in diesem Fall den radioaktiven Nukliden aus dem Schornstein. Ich habe argumentiert, dass die Radioaktivität schließlich in meiner Milch landet und meine Gesundheit schädigt – ich habe damals viele regionale Milchprodukte konsumiert. Auf so einen Rechtsstreit ist aber nur anrechenbar, was ein durchschnittlicher Deutscher konsumiert. Wenn es mehr ist, hat man halt Pech.

Der Prozess ist zwei Mal durch die Instanzen gegangen. Ich weiß noch – mir ist das ganz tief ins Herz eingedrungen – dass es damals hieß, dass man wegen der geplanten Lagerung der abgebrannten Brennelemente in Gorleben, also in einer so großen Entfernung, mit Fug und Recht sagen könne, die Lagerung abgebrannter Brennelemente habe überhaupt nichts mit dem Betrieb des AKWs zu tun. Das hat mich ziemlich schockiert. Vor dem Oberverwaltungsgericht Schleswig habe ich 1999, nach 13 Jahren, schließlich sang- und klanglos verloren. Die Kosten waren für mich nicht so hoch, weil es viele Spenden gab, aber es hat mich doch sehr frustriert und müde gemacht. Es ist uns auch nie geglückt, das Wiederanfahren des AKW nach größeren Störfällen juristisch zu stoppen.

Warum ich trotzdem immer weitergemacht habe, obwohl viele irgendwann aufgegeben haben? Es war schon ein Auf und Ab der Gefühle. Aber es war eben auch berufsbedingt: Ich war der festen Überzeugung, dass dieses Kraftwerk aufgrund der Gesetzeslage nicht gebaut werden darf. Ich habe es ganz stark auch als persönliche und berufliche Niederlage empfunden, dass man als Wissenschaftler mit sehr guten Argumenten in diesem Staat nicht Recht bekommen muss.

Wichtig ist, dass man Mitstreiter*innen findet. Wenn man über diesen Kampf nicht Freund*innen gewinnt, kann man ihn nicht lange führen, weil die Thematik sehr kopflastig ist. Nur wenn man eng zusammensteht, hat man eine Chance, sich vielleicht sogar erfolgreich zu wehren. Es ist schön, am Ende dieses Jahres die Stilllegung des AKW Brokdorf zu erleben. Das ist aus meiner Sicht auf den Protest der Anti-AKW-Bewegung zurückzuführen. Ich hoffe,

dass auch viele andere in ihrem Kampf für die Umwelt und das Klima erfolgreich sind.

Manche sagen, wir hätten doch jetzt unseren Ausstieg. Aber es steht zu befürchten, dass der Rückbau des AKW mit einer unnötig hohen Strahlenbelastung verbunden sein wird, weil radioaktives Material „freigemessen“ und in Schleswig-Holstein verteilt werden soll. Außerdem stehen die Zwischenlager mit dem strahlenden Müll wohl noch viele Jahrzehnte da rum, und das Endlager wird in diesem Jahrhundert nicht betriebsbereit sein.

Die aktuelle Situation ist für die Anti-AKW-Bewegung sehr unerfreulich. Wir hatten mit „Brokdorf-Akut“ nach Fukushima ja endlich wieder eine Anti-AKW-Gruppe in Brokdorf gegründet. Ziel war es, mit den Behörden möglichst auf Augenhöhe darüber zu diskutieren, was geplant ist und ob das

vernünftig ist oder nicht. Aber das wird von der Gegenseite nicht mehr so ernst genommen und zunehmend torpediert. Wenn wir Anfragen an die Behörden stellen, zahlen wir oft unangemessen hohe Gebühren. Diesen Sommer wurden darüber hinaus durch die 17. Atomgesetz-Novelle die Klagerechte eingeschränkt. Dabei ist die Ausklammerung der Öffentlichkeit bei diesen wichtigen gesellschaftlichen Fragen schon viel länger im Gange. Auch die Lobbyist*innen machen sich wieder breit und fordern neue Reaktoren.

Dabei hat von der „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie ungefähr eine Generation profitiert, aber der Müll wird viele, viele Generationen belasten. Für so einen kurzen Zeitraum haben wir uns einen Riesenberg von Problemen eingehandelt! Angesichts des Hin und Her um die Endlagersuche muss man wohl erkennen, dass auch hier die Politik ohne die Öffentlichkeit einfach durchmarschiert. Die Auseinandersetzung ist also noch lange nicht zu Ende!

Protokoll: Anna Stender

Anzeige

Anti-Atomstrom

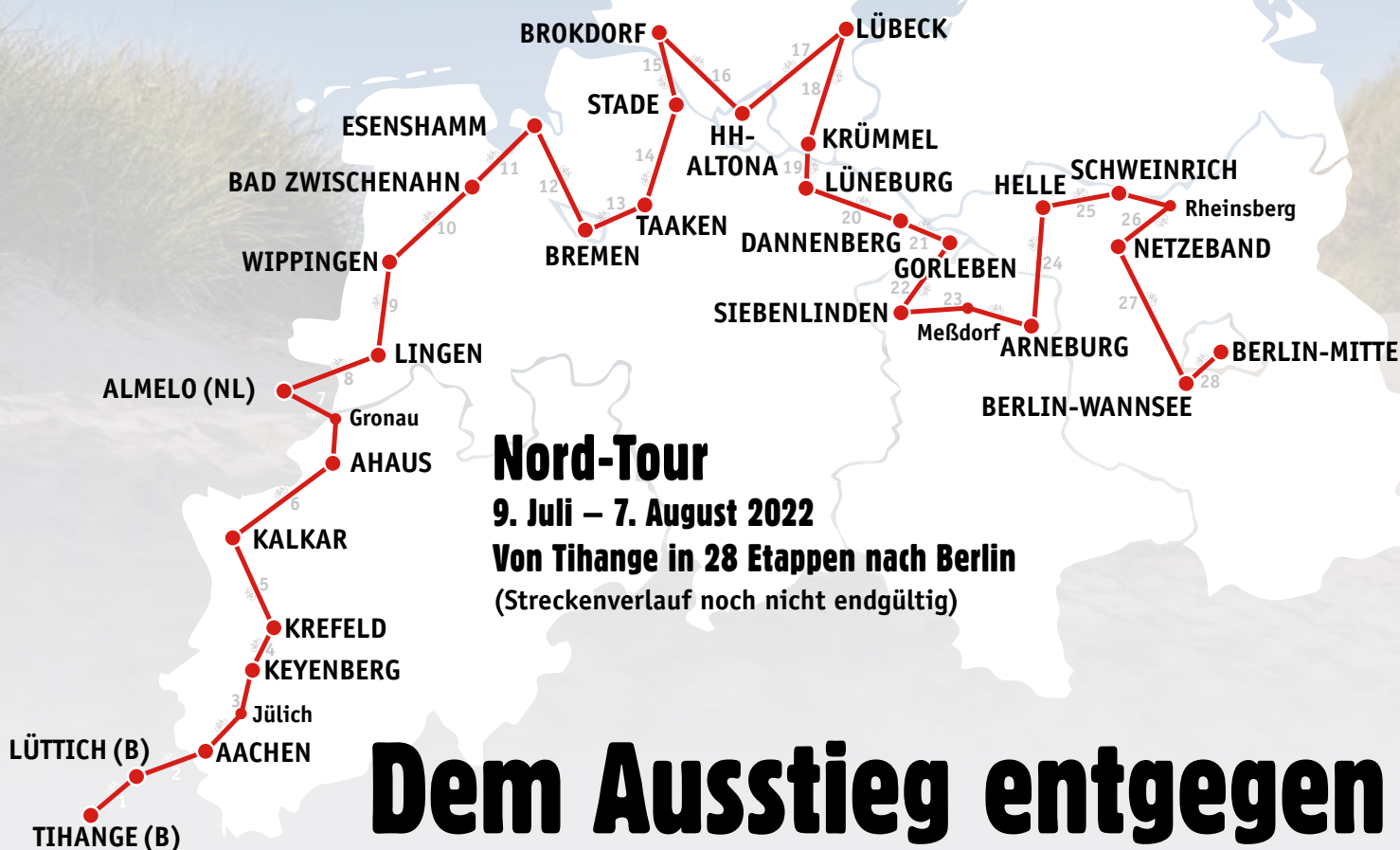
Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.

ÖKO-TEST
Ökostrom-Produkte
EWS Ökostrom
sehr gut
ÖKO-TEST Magazin 01/21

Auf nach Schönau!

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau



Dem Ausstieg entgegen

Aktion | 2022 gibt es für Atomkraftgegner*innen eine Menge zu feiern. Zum Beispiel bei den Aktions-Radtouren, die .ausgestrahlt zusammen mit Bündnispartner*innen und örtlichen Initiativen organisiert

Machst Du schon Pläne für den nächsten Sommer? Dann vergiss auf keinen Fall, ein Ereignis einzuplanen: Vom 9. Juli bis 7. August 2022 und vom 13. August bis 4. September 2022 möchte .ausgestrahlt zusammen mit vielen lokalen Initiativen und zusammen mit anderen Umweltorganisationen an vielen atompolitisch bedeutenden Orten den kommenden Ausstieg feiern und gleichzeitig auf die bleibenden Herausforderungen und aktuelle Konflikte hinweisen.

Per Fahrrad geht es zuerst in Norddeutschland und danach in Süddeutschland in insgesamt sieben Wochen zu noch laufenden AKW, bereits abgeschalteten Reaktoren, verhinderten Kraftwerken, Atommüll-Zwischenlagern, Deponien für „freigemessene“ strahlende Abfälle, potenziellen Standorten für ein geologisches Tiefenlager, Atomfabriken, Firmensitzen der Atomindustrie und Atomanlagen in den Nachbarländern Belgien, Niederlande, Schweiz und Frankreich. Zudem machen die Touren Station an zentralen Orten

„befreundeter“ Bewegungen, wie der „Freien Heide“ und Mutlangen (Friedensbewegung), Keyenberg (Klimabewegung), Stuttgart und Mörfelden-Walldorf (Verkehrspolitik).

Leider ist Deutschland zu groß, um alle Orte, die Anti-Atom-Geschichte geschrieben haben oder die noch aktuelle Brennpunkte sind, in einem Sommer miteinander zu verbinden. Und .ausgestrahlt ist nicht groß genug, um mehrere Touren parallel zu organisieren. Deshalb sind weite Teile Ostdeutschlands (etwa Lubmin oder die Wismut-Region), weite Teile Bayerns (etwa Wackersdorf, Grafenrheinfeld, Garching und Ohu) und die Mitte rund um Würzburg, Grohnde, Schacht Konrad, Asse und Morsleben (diesmal leider nicht dabei).

Die Touren sind so konzipiert, dass möglichst viele mitmachen können. Manche werden nur einen Tag dabei sein oder sogar nur die letzten fünf oder zehn Kilometer vor dem jeweiligen Etappenziel, wenn die Tour in ihrer Region vorbeikommt. Andere fahren möglicherweise

ein paar Tage mit oder ein bis zwei Wochen. Einige haben bereits angekündigt, die ganze Strecke dabei zu sein. All das ist möglich. Genau wie die „rad-lose“ Teilnahme an Abendveranstaltungen an den einzelnen Etappen-Orten.

Diese Veranstaltungen sind Teil des Konzepts. An den jeweiligen Etappenzielen und an relevanten Zwischenzielen sind Aktionen, Vorträge, Begegnungen, Feste, Pressetermine, Gespräche, Kultur oder was auch immer möglich. Da erhoffe ich mir gute Einfälle von den örtlichen Initiativen. So werden die unterschiedlichen Themen der einzelnen Orte auf unterschiedliche Weise sichtbar, zum einen für die Radler*innen, aber auch für die jeweilige Öffentlichkeit vor Ort und über mediale Vermittlung auch für eine größere Öffentlichkeit.

Die normalen Tagesstrecken variieren zwischen 35 und 75 Kilometern. Bisherige Rückmeldungen zeigen, dass dies nicht für alle ideal ist. Manchen sind die Strecken zu kurz, anderen zu lang. Da lassen sich leider nicht alle Bedürfnisse abbilden. Bei wenigen noch etwas längeren Etappen soll es als Alternative für weniger sportliche Teilnehmende einen Bahn-Transfer geben.

Verabrede Dich mit Deinen Mitstreiter*innen!

Ein Aspekt ist mir bei diesem Projekt besonders wichtig: Die Touren bieten die Gelegenheit, dass sich Menschen verabreden, die irgendwann in den letzten Jahren oder gar Jahrzehnten gemeinsam in der Anti-Atom-Bewegung aktiv waren, sei es in einer Bürger*innen-Initiative, einer Bezugsgruppe oder wie auch immer. Für viele Menschen waren bestimmte Ereignisse in

der Auseinandersetzung um die Atomkraft prägend für ihre politische Biographie. Und dies war zumeist auch mit anderen Menschen verbunden, mit denen man zusammen aktiv war. 2022 werden, wenn nichts mehr dazwischen kommt, die letzten AKW in Deutschland endgültig vom Netz gehen. Nutzen wir die Gelegenheit, ganz bewusst das Erreichte gemeinsam zu feiern und festzustellen, dass sich all die Mühen gelohnt haben.

Deshalb meine Bitte: Überlege, mit wem Du aktiv warst (oder immer noch bist), stelle den Kontakt (wieder) her und verabrede Dich mit Deinen Mitstreiter*innen für kleinere oder größere Abschnitte der Touren – oder auch nur für den einen Etappenort, der für Euch besondere Bedeutung hat.

Protestbewegungen sind nicht sonderlich geübt darin, eigene Erfolge zu feiern, da es ja meist noch genug Kritikwürdiges gibt, wenn ein Teilerfolg erreicht wurde. So ist es auch 2022, wenn die letzten Leistungsreaktoren in Deutschland vom Netz gehen. Deshalb verbinden die Touren Orte großer Erfolge mit Orten, an denen es atompolitisch weiter brennt. Aber bei allen ungelösten Problemen: Das Feiern soll nicht zu kurz kommen. Wer sich bewusst macht, gegen welche mächtigen Gegner*innen die Anti-Atom-Bewegung einst angetreten ist, der*die kann gar nicht anders, als sich mächtig zu freuen. Und durch das Feiern auch neue Energie zu tanken für aktuelle und kommende Auseinandersetzungen.

Jochen Stay

Weitere Infos auf ausgestrahlt.de

„Ausstiegjahr“ 2022

Die beiden Aktionsradtouren sind nicht die einzigen „ausgestrahlte“ Aktivitäten, die das „Ausstiegjahr“ 2022 würdigen. „ausgestrahlt“ arbeitet unter anderem an einer **Ausstellung** und einem „**Online-Museum**“ zur Geschichte der Bewegung, ist beteiligt an einem Buchprojekt und plant **Zeitzeug*innen-Interviews**.

Weiterhin gibt es bei anderen Organisationen aus der **Anti-Atom-Bewegung** erste vage Überlegungen für ein zentrales großes Fest im Frühsommer 2022 und für kleinere regionale Festlichkeiten rund um den Jahreswechsel 2022/23. Mal sehen, ob das alles klappt.



Süd-Tour

13. August – 4. September 2022

Von Kahl/Main in 20 Etappen nach Freiburg
(Streckenverlauf noch nicht endgültig)



„Atomkraft steht im Widerspruch zu Nachhaltigkeit“

Interview | Anika Leufen und Robert Balázs, Referent*innen beim Forum für Nachhaltige Geldanlagen, über die Bedeutung der EU-Taxonomie für die ökologische Transformation der Wirtschaft und den Schaden, den diese bei einer „grünen“ Einstufung von Atomkraft nehmen würde



Fotos: FNG

Robert Balázs, Anika Leufen

Anika Leufen und Robert Balázs sind Referent*innen beim Forum für Nachhaltige Geldanlagen e.V. (FNG), dem Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz. Das FNG repräsentiert über 220 Mitglieder, die sich für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft einsetzen, und setzt sich seit 2001 für verbesserte rechtliche und politische Rahmenbedingungen für nachhaltige Investments ein. In einem **offenen Brief an die EU-Kommission** warnte es unlängst davor, Atomkraft als „nachhaltig“ einzustufen.

forum-ng.org

Frau Leufen, Herr Balázs, was sind nachhaltige Geldanlagen?

Geldanlagen, die explizit ökologische, soziale und bestimmte Aspekte der Unternehmensführung berücksichtigen, und bei denen dies auch schriftlich, etwa in den Anlageprospekten, festgelegt ist.

Gibt es bereits Regeln, was als „nachhaltig“ bezeichnet werden darf?

Eine einheitliche und allgemein anerkannte Definition gibt es noch nicht – nur Versuche verschiedener Akteure, eine solche zu etablieren. Das FNG setzt sich dafür seit Langem ein. Die Herausforderung liegt dabei in den Details.

Was ist der Hintergrund des Ganzen?

Mit dem Übereinkommen von Paris haben sich die Staaten das Ziel gesetzt, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Dafür muss sich auch die Wirtschaft ändern. Die EU hat für diese Transformation Sektoren mit besonderer Hebelwirkung identifiziert, die Europa bis 2050 in die Klimaneutralität führen sollen. Der „Green Deal“ der EU gibt einen ambitionierten Investitionsplan zur Erreichung dieser Ziele vor. Und die EU-Taxonomie als transparentes Klassifizierungssystem für Nachhaltigkeit soll dafür einen anerkannten Referenzrahmen schaffen. Sie ist deshalb ein zentrales Element für den nachhaltigen Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft.

Inwiefern betrifft das auch die Finanzbranche?

Eines der Ziele ist ja, Kapitalflüsse in nachhaltigere Bahnen zu lenken oder zu reorientieren. Die Finanzbranche ist seit Anfang des Jahres verpflichtet, Nachhaltigkeitsrisiken und -faktoren in ihre Anlageentscheidungen verbindlich einzubeziehen und ihre Nachhaltigkeitsstrategie, Ziele und Auswirkungen an Endanleger*innen zu berichten. Dazu müssen Investor*innen nachweisen, welchen Grad an Nachhaltigkeit die Aktivitäten, in die sie investieren, gemäß der EU-Taxonomie aufweisen.

Für wen oder was wird die Einstufung nach den Nachhaltigkeitskriterien der EU künftig wichtig sein?

Für professionelle und institutionelle Investor*innen und für Endanleger*innen – um zu wissen, wie nachhaltig ein Investment ist. Und für Unternehmen, die, wenn sie die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, zum Beispiel günstigere Finanzierungsmöglichkeiten erhalten.

Die entsprechende EU-Verordnung ist schon lange beschlossen. Nach welchen Grundprinzipien soll die Einstufung erfolgen?

Eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivität gemäß der EU-Taxonomieverordnung soll einen wesentlichen Beitrag zu einem der sechs in der Taxonomie genannten Umweltziele leisten. Gleichzeitig darf eine nachhaltige Wirtschaftsaktivität aber keinen erheblichen



Schaden bezüglich eines der anderen fünf Ziele anrichten – das ist das sogenannte „Do No Significant Harm“-Prinzip. Zusätzlich müssen Mindestschutzklauseln wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die ILO-Kernarbeitsnormen oder der UN Global Compact eingehalten werden sowie gewisse technische Kriterien, Grenzwerte etc.

Um einige Details wird noch erbittert gerungen. Worum geht es dabei?

Um die technischen Bewertungskriterien, etwa, ab welchem Grenz- oder Schwellenwert, beispielsweise hinsichtlich der CO₂-Emissionen, eine Wirtschaftsaktivität als nachhaltig angesehen werden kann oder nicht. Zudem soll eine die Taxonomie ergänzende „delegierte Verordnung“ definieren, welche Energieträger als nachhaltig angesehen werden oder nicht. Sowohl für Atom als auch für Erdgas ist diese Entscheidung noch nicht gefallen – weil da massive Interessen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten dahinter stehen.

Frankreich und einige osteuropäische Länder drängen darauf, auch Atomkraft als „nachhaltig“ zu klassifizieren, weil AKW weniger Treibhausgas-Emissionen verursachen als fossile Kraftwerke. Teilen Sie diese Ansicht?

Nein. Um ein Zeichen der Sustainable-Finance-Branche gegen die Klassifizierung von Atomkraft als nachhaltige Wirtschaftsaktivität zu setzen, haben wir uns im August mit einem offenen Brief an die zuständigen EU-Kommissar*innen gewandt. Ein Ziel der Taxonomie etwa ist der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft – Atomenergie steht dazu klar im Widerspruch. Spätestens seit der Nuklearkatastrophe in Fukushima 2011, aber auch durch das ungelöste Problem der Atommüll-Lagerung, sollte klar sein, dass Atomkraft im Widerspruch zu Nachhaltigkeit steht.

Einer aktuellen Umfrage zufolge halten zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland ein Nachhaltigkeitslabel, das Atomkraft mit einschließt, für unglaublich. Was bedeutet das für das geplante EU-Label?

Wir sehen die Gefahr, dass ein „grünes“ Label für Atomkraft die Glaubwürdigkeit und transformative Wirkung der EU-Bemühungen zu Sustainable Finance insgesamt gefährdet. Darauf haben wir auch in unserem offenen Brief hingewiesen.

Welche Folgen hätte es konkret, wenn Atomkraft und/oder Erdgas-Projekte als „grün“ klassifiziert würden?

Das würden die Förderung von neuen Technologien und den Ausbau Erneuerbarer Energien verlangsamen oder behindern. Erhebliche Summen würden weiter in Atom- und Erdgasprojekte fließen. Eine signifikante Umlenkung von Kapitalflüssen bliebe somit aus – die erwünschte Transformationswirkung könnte sich also nicht entfalten.

Wer entscheidet letztlich über die Kriterien und die Details?

Die EU-Kommission hat eine technische Expert*innengruppe (TEG) damit beauftragt, einen wissenschaftlich fundierten Vorschlag für technische Bewertungskriterien zu machen. Es folgt eine öffentliche Anhörung durch Konsultation, das Feedback wird eingearbeitet. Die EU-Kommission entscheidet dann über Annahme oder Ablehnung des finalen Berichts. Nach einer möglichen Annahme geht der Vorschlag an das EU-Parlament sowie den Rat, in dem die Vertreter*innen der Regierungen sitzen. Parlament und Rat müssen innerhalb von vier Monaten reagieren – per Annahme, Veto oder Beantragung einer zweimonatigen Verlängerung des Prüfungszeitraums („4+2-Regelung“). Aktuell liegt die von der Europäischen Kommission verabschiedete Delegierte Verordnung, welche die technischen Bewertungskriterien für die ersten beiden Umweltziele der Taxonomie vorsieht, dem Rat zur verlängerten Prüfung vor; das EU-Parlament hat ihr bereits zugestimmt. Die Verlängerung endet am 7. Dezember, dann wird diesbezüglich Klarheit herrschen – allerdings mit Ausnahme der Einstufung von Atomenergie und Erdgas. Weil diese nach wie vor strittig ist, wurde sie erst einmal ausgeklammert. Der delegierte Rechtsakt zum Umgang mit Atomenergie und Erdgas in der EU-Taxonomie wird im ersten Quartal 2022 erwartet.

Welche Einflussmöglichkeiten hat die Bundesregierung dabei?

Das Bundesumweltministerium hat sich, gemeinsam mit Österreich, Dänemark, Luxemburg und Spanien, in einem offenen Brief klar gegen die Klassifizierung von Atomenergie als nachhaltige Wirtschaftsaktivität positioniert. Vor allem aber kann die Bundesregierung natürlich im Rat Einfluss auf den politischen Aushandlungsprozess nehmen.

Interview: Armin Simon

Vor dem Aus (Teil 1)

Rückblick | Mit Brokdorf und Grohnde gehen Ende des Jahres zwei bei ihrem Bau heftigst umkämpfte Reaktoren vom Netz, außerdem der dritte und letzte Reaktor im bayerischen Gundremmingen



AKW Brokdorf

Geplant ab 1972, Baubeginn 1976 (nachts um ein Uhr, nur Stunden nach der ersten Baugenehmigung), gerichtlicher Baustopp 1976–1981 wegen ungeklärter Entsorgungsfrage des Atomabfalls, Inbetriebnahme 08.10.1986, „Reststrommengen“ aus rot-grünem „Atom-Konsens“ aufgebraucht seit Sommer 2020, Alter bei Abschaltung Ende 2021: > 35 Jahre

Proteste (Auswahl): Demo und Besetzung des mit Stacheldraht gesicherten Bauplatzes (5.000/2.000, 1976, vier Tage nach Baubeginn), Demo „Brokdorf II“ (30.000, 1976), Demo „Brokdorf III“ (50.000, 1977, trotz Demonstrationsverbot), Großdemo nach Aufhebung des Baustopps (100.000, 1981, Bundesverfassungsgericht erklärt Demonstrationsverbot im Nachhinein für rechtswidrig), (30.000, 1986, 10.000 weitere werden aufgehalten von der Polizei), monatliche Mahnwachen (seit 1986), Menschenkette Brunsbüttel–Brokdorf–Krümmel (120.000, 2010)

Beinahe-GAU: An allen vier Notspeiseaggregaten fehlen seit Inbetriebnahme des Reaktors – bei den monatlichen Prüfungen unbemerkt – Dichtungsringe, Schmiermittel ist ausgelaufen, weswegen die Gefahr gleichzeitigen Versagens aller vier Aggregate besteht (entdeckt Ende 1988); Atomaufsicht: hätte „ganz große Probleme bis zur Kernschmelze“ verursachen können.

Bemerkenswert: Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) tritt 1981 zurück, weil SPD und Hamburgische Elektrizitätswerke (HEW) den Ausstieg aus dem Projekt verweigern.



AKW Grohnde

Geplant ab 1973, Baubeginn 1976, Inbetriebnahme 01.09.1984, „Reststrommengen“ aus rot-grünem „Atom-Konsens“ aufgebraucht seit Frühjahr 2019, Alter bei Abschaltung Ende 2021: > 37 Jahre

Proteste (Auswahl): Einwendungen gegen Bauantrag (12.000, 1974), Bauplatzbesetzung (1.000, 19.02.1977, zeitgleich mit Großdemo in Brokdorf), „Schlacht um Grohnde“ (15.000, 19.03.1977), Anti-Atom-Dorf auf Kühlturmgelände (200, 12.06.–23.08.1977, Räumung im Nachhinein für rechtswidrig erklärt), Umzingelung (5.000, 24.04.2011), Aktions- und Menschenkette im 40-km-Umkreis (20.000, 09.03.2013), Klage wegen mangelndem Schutz des AKWs gegen Flugzeugabsturz (2014; bis heute kein Urteil)

Beinahe-GAU: Eine Notkühlpumpe ist wegen einer Gasansammlung im Innern über einen unbekannten Zeitraum hinweg nicht einsatzfähig und hätte im Ernstfall binnen Minuten versagt (entdeckt im März 1985), Reaktorsicherheitsexperte: „Das war der halbe Weg zur Kernschmelze.“



AKW Gundremmingen C

Bauantrag 1974, Baubeginn 1976, Inbetriebnahme 26.10.1984, Reststrommengen aus rot-grünem „Atom-Konsens“ aufgebraucht seit Januar 2017

Proteste: Demo gegen Bau (8.000, Juni 1979), Blockaden nahezu jedes Castor-Transports (5–300, 1989–1998), wöchentliche Mahnwache (seit 1989), Einwendungen gegen MOX-Brennelemente (40.000, 1995), Unterschriften gegen Leistungserhöhung (39.000, 2013, RWE zieht auf Rat der bayerischen Staatsregierung den Antrag schlussendlich zurück), Proteste gegen den vier Jahre längeren Betrieb von Block C – sein Zwillingsblock B geht schon 2017 vom Netz (2017)

Beinahe-GAU: Dem AKW fehlt seit Inbetriebnahme der vorgeschriebene dritte erdbebensichere Notkühlstrang; Reaktorsicherheitsexperte: „Es kann zur Kernschmelze kommen.“

Besonderheit: In Gundremmingen ging 1967 mit Block A das damals weltgrößte zivile AKW ans Netz. 1977 löst Eisregen einen Störfall aus, der den Reaktor schwer beschädigt, er geht nie wieder ans Netz.

Fotos: Chris Godatzki (1), mahnwache-gundremmingen.de (2+3), IPPNW (4), privat (5), alle anderen: Günter Zint

.ausgestrahlt-Shop

Weil Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Produktion des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst. Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: www.ausgestrahlt.de/shop

Vollständig überarbeitet: Ausstellung „Standortsuche Atommüll-Lager“

Mit Infos und Grafiken zur Suche nach einem Langzeit-Lager für hochradioaktiven Müll. Vollständig überarbeitet im Mai 2021. Set aus 8 Plakaten DIN A0 – V-302-15

STANDORTSUCHE ATOMMÜLL-LAGER

Atommüll-Zeitung Nr. 3

Hintergründe, Einschätzungen und kritische Analysen „Zwischenbericht Teilgebiete“, den die BGE am 28. Sept. 2020 veröffentlicht hat. „taz“-Format, vierseitig – M-302-50

Broschüre

„Atommüll-Lager per Gesetz“

Kritische Anmerkungen zum Standortauswahlverfahren. Vollständig überarbeitete 3. Auflage, Okt. 2020 A6, 48 Seiten – M-302-23

Flyer

„Fehlstart Standortsuche“

Der Staat sucht ein Atommüll-Lager – die wichtigsten Kritikpunkte. Vollständig überarbeitete 7. Auflage, Okt. 2020

Flyer

„Das Märchen von der Transmutation“

Warum der Atommüll nicht weggezaubert werden kann, sondern bleiben wird. A4, 84 Seiten – M-302-53

Flyer

„Stiftung Atomerbe“

Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung. Die Stiftung sammelt Geld zur Unterstützung kritischer Akteur*innen. DIN lang, sechsseitig – M-222-04



KLIMA UND ATOM

Plakat

„Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist. A2 – M-309-20

Broschüre

„Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist. A6, 40 Seiten – V-309-04

Aufkleber

„Weg mit Kohle UND Atom – erneuerbar ist unser Strom!“

Wetterfest 8 x 10 cm – V-309-03

Flyer

„Atomkraft ist kein Klimaretter“

Klimaschutz? Ja bitte! Aber nur mit Erneuerbaren Energien, nicht mit Atomkraft. DIN lang, doppelseitig – M-309-19

Flyer

„Richtig abschalten“

Atom- und Kohleausstieg sind kein Widerspruch. DIN lang, achtseitig – M-309-17

.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 53

Zum Auslegen und Verteilen. A4, 24 Seiten – M-121-53



Warum braucht eine Anti-Atom-Organisation jetzt noch neue Förder*innen?

Irgendwer muss sich ja weiter kümmern

Super-GAU-Gefahr bis zum letzten Betriebstag

Klagen

Aktionsmaterial

Veranstaltungen

Wasserstoffproduktion mit Atomstrom

Soziale Medien

Atomkraft als Irrweg in der Klimakrise

Atommüll-Probleme Bündnisse

Pressearbeit

AKW jenseits der Grenzen

Nachrichtenauswertung

Expertisen

Aktionen

Ausstellungen

EU-Förderung für Atomprojekte

Atomfabriken

Publikationen

AKW-Pläne der Generation IV

Magazin

Euratom

Jetzt .ausgestrahlt fördern und doppelt gewinnen

Aufruf | Manche meinen, die Arbeit von .ausgestrahlt wäre erledigt. Schön wär's...

Ich selbst bin immer wieder entsetzt, welche Hiobsbotschaften Tag für Tag zeigen, dass Anti-Atom-Arbeit weiter nötig bleibt:

„Probleme im Atomkraftwerk Dukovany.“
(deutschlandfunk.de, 8.9.21)

„EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton regt an, zur Abschaltung vorgesehene Kernkraftwerke doch weiterzubetreiben, um mit deren Strom Wasserstoff herzustellen.“
(sueddeutsche.de, 1.9.21)

„Streit über EU-Klimainvestitionen. Nachhaltige Atomkraft? Die Befürworter tragen einen ersten Sieg davon.“
(welt.de, 17.4.21)

„Umweltschützer fordern, dass das AKW Emsland abgeschaltet wird. Bei Revisionen wurden Rohrschäden entdeckt. Eine erneute Prüfung bleibt dennoch aus.“
(taz.de, 6.9.21)

„In das europäische Forschungsprojekt in Mol ist bereits EU-Geld geflossen. 1,6 Milliarden Euro sollen es insgesamt werden. Viel zu viel, sagen Kritiker. Zumal noch nicht klar ist, ob das Projekt funktioniert.“
(tagesschau.de, 4.9.21)

„Die Suche nach einem Endlager für den Atommüll aus deutschen Kernkraftwerken ist ein schwieriger Prozess.“
(mdr.de, 7.9.21)

Dies sind nur ein paar der wachsenden Probleme, die es mit der Atomkraftnutzung und der Atommüll-Lagerung in Deutschland, Europa und weltweit gibt. Natürlich gibt es auch andere dringende Aufgaben in unserer Gesellschaft.

Doch leider wird ein Problem nicht geringer, bloß weil es noch weitere gibt.

Aus meiner Sicht ist es unverantwortlich, immer noch und immer wieder von Neuem auf eine veraltete, gefährliche, träge und teure Energieform zu setzen, die Leben und Gesundheit von Millionen Menschen bedroht und zudem zahllosen Generationen nach uns ungelöste Probleme aufbürdet – Punkt.

Deswegen setzt sich .ausgestrahlt weiter – in Deutschland und darüber hinaus – mit aller Kraft für ein Abschalten aller AKW und einen möglichst sicheren Umgang mit Atommüll ein. Doch die Arbeit von .ausgestrahlt ist nur möglich, wenn sie auf finanziell sicheren Beinen steht.

Immer wieder fragen wir uns bei .ausgestrahlt: Wie können wir am besten über das Thema aufklären? Mit einer informativen Broschüre? Im Internet? Über die Sozialen Medien? Oder braucht es eine Veranstaltung vor Ort? Wie gelingt es, Themen öffentlich zu machen, um Hinterzimmer-Tricksereien zu vereiteln? Braucht es Gutachten, die Kritik wissenschaftlich untermauern? Ist gar eine Klage wie gegen den Weiterbetrieb des AKW Neckarwestheim 2 ein Weg? Wie können wir Kräfte verschiedener Akteure bündeln, um schlagkräftiger zu sein?

Kannst Du die Arbeit von .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen?

All dies kostet eine Menge Geld. Deshalb wende ich mich heute an Dich: Bitte werde jetzt Förder*in von .ausgestrahlt und ermögliche damit auch in Zukunft notwendige Anti-Atom-Arbeit. Denn es ist leider noch viel zu tun. Dir winkt ein doppeltes Dankeschön – siehe rechts: Geschenk und Teilnahme an Verlosung.

Ute Bruckart



Du möchtest .ausgestrahlt zukünftig fördern? Nutze den beiliegenden Rückmeldebogen oder gehe auf ausgestrahlt.de/foerdern

Geschenk!

Alle Förder*innen erhalten einen **Tischkalender 2022**. Außerdem bekommt ein Buch, wer .ausgestrahlt mit mind. 10 Euro/Monat neu fördert oder die bisherige Unterstützung erhöht.

„Dorfroman“ Christoph Peters erzählt anhand des Baus des Schnellen Brüters Kalkar die inneren Zerreißproben eines jungen Mannes und eines ganzen Dorfes.

oder

„Tiefenlager“ Annette Hugs Roman widmet sich auf ungewöhnliche Weise dem ungelösten Problem der Atommüll-Lagerung.

Gewinn!

Alle neuen Förder*innen und alle, die ihren bisherigen Beitrag erhöhen, nehmen zudem an einer Verlosung teil:

- 10 x 1 Tasche von Patagonia, 27 l
- 2 x 1 Gutschein von Werkhaus über 50 Euro, gültig für Bestellungen ab 50 Euro, einlösbar bis 31.10.2022 unter werkhaus.de/shop
- 2 x 1 Gutschein für Ökostrom von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) im Wert von 200 Euro, nur anrechenbar auf EWS-Stromrechnung
- 1 x 1 Gutschein für 2 Nächte im wendländischen Bio-Hotel „Kenners Landlust“, 2 Pers., HP, außerh. der Ferienzeiten, Anreise auf eigene Kosten.

Teilnahmebedingungen (Verlosung):

Teilnahmeberechtigt sind Personen ab 18 Jahren, die zwischen 27.09.21 und 12.01.22 Neuförder*innen werden oder ihren bisherigen Förderbeitrag erhöhen. Mitarbeitende von .ausgestrahlt sind ausgeschlossen. Die Teilnahme ist per Brief, Fax oder unter ausgestrahlt.de/foerdern möglich. Einsendeschluss: 12.01.22. Die Preise werden ausgelost und an die Gewinner*innen übermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Veranstalter: .ausgestrahlt e.V. Hinweise zum Datenschutz: ausgestrahlt.de/datenschutz. .ausgestrahlt dankt für die gespendeten Verlosungsgeschenke!



Schacht Konrad: alt – marode – ungeeignet!

Ein Treckerkonvoi aus Salzgitter, flankiert von einer Demo durch die Innenstadt von Hannover, brachte am 4. September 21.000 Unterschriften gegen Schacht Konrad zum niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies (SPD). Ein breites Bündnis von Anti-Atom-Initiativen – darunter .ausgestrahlt –, Umweltorganisationen und Gewerkschaften fordert sein Ministerium auf, den Planfeststellungsbeschluss für das geplante Atommüll-Lager in dem ehemaligen Eisenerzbergwerk zurückzunehmen. Stattdessen solle es in einem vergleichenden Verfahren einen geeigneten neuen Standort suchen.

ausgestrahlt.de/konrad_gameover



Fotos: #KONRAD_gameover

Umfrage: Atomkraft keine nachhaltige Geldanlage

Ein Nachhaltigkeitslabel mit Atomkraft hat keine gesellschaftliche Akzeptanz. Das ist das Ergebnis einer von .ausgestrahlt und der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar. 67 Prozent der Menschen in Deutschland halten demnach ein Label für nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten für unglaublich, wenn dieses Investitionen in Atomkraftwerke einschließt. Damit teilt eine deutliche und weitgehend parteiübergreifende Zwei-Drittel-Mehrheit die Position von .ausgestrahlt und großen Umweltverbänden: Atomkraft ist keine nachhaltige Geldanlage. .ausgestrahlt fordert die Bundesregierung auf, die EU-Taxonomie gegen eine Verwässerung durch atomfreundliche Staaten wie Frankreich zu verteidigen und sich für den dauerhaften Ausschluss von Atomkraft vom EU-Nachhaltigkeitslabel einzusetzen. Mehr dazu auf **Seite 16/17** sowie ausgestrahlt.de/eu-taxonomie

Kein Wasserstoff aus Atomstrom!

Ein deutliches Bekenntnis zu ausschließlich grünem Wasserstoff fordern .ausgestrahlt und BUND von CDU-Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier Anfang August in einem offenen Brief. Altmaier solle sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass im geplanten EU-Förderprogramm für Wasserstofftechnologien und -systeme (IPCEI H2) nur Projekte berücksichtigt werden, die Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen verwenden. Anlass sind Pläne für ein grenzüberschreitendes Wasserstoffnetz zwischen Deutschland, Luxemburg und Frankreich. Nach gegenwärtigem Stand droht Deutschland damit zum Importeur von mit französischem Atomstrom erzeugtem Wasserstoff und damit zu einem Wegbereiter einer europäischen Renaissance der Atomkraft zu werden. Umfangreiche Hintergrundinformationen zu „gelbem“ Wasserstoff findest Du auf der neuen Themenseite von .ausgestrahlt: ausgestrahlt.de/wasserstoff

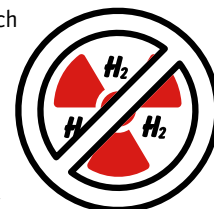


Foto: Kultur ohne Kohle

Anti-Atom-Workshops auf Klimacamps

Gleich auf zwei Klimacamps ist .ausgestrahlt in diesem Sommer präsent und gibt Workshops zum Thema Klima und Atom. Bei „Kultur ohne Kohle“ im Rheinland entlarvt Timo Luthmann am 11. August die Atom-Propaganda und zeigt auf, warum die Atomkraft mit ihren unbeherrschbaren Risiken und Folgen auch ökonomisch und technisch keine Antwort auf die Klimakrise liefert. Am 20. August informiert Julian Bothe auf dem GasExit-Camp in Herne über Scheinlösungen in der Klimakrise, Lobbykämpfen und die Bedeutung der EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen.

Stiftung Atomerbe fördert weitere Projekte

Die von .ausgestrahlt initiierte Stiftung Atomerbe, die einen möglichst verantwortungsvollen Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften der Atomkraftnutzung gewährleisten soll, hat auch 2021 Projekte von örtlichen Bürger*innen-Initiativen und Umweltorganisationen unterstützt, die sich um das Atommüll-Problem kümmern. Je 2.000 Euro erhalten

- » das Archiv Deutsches Atomerbe für die Erschließung, Aufbereitung und Veröffentlichung der wissenschaftlichen Ergebnisse und Dokumentensammlung der intac GmbH/Gruppe Ökologie zur „Nuklearen Entsorgung“ sowie
- » die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad für die Unterschriften- und Öffentlichkeitskampagne „#KONRAD_gameover“, die den beim niedersächsischen Umweltministerium eingereichten Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für das geplante Atommülllager Schacht Konrad unterstützt.

Anträge für die nächste Förderrunde sind noch bis 01.11.2021 möglich, Infos unter

stiftung-atomerbe.de

Warnung vor Klima-Scheinlösungen

Es gibt viele wirksame Möglichkeiten, die Klimakrise anzugehen – und ähnlich viele Vorschläge, bei denen Vorsicht oder sogar Widerstand geboten ist. Ein gemeinsames Positionspapier von zahlreichen Organisationen, darunter .ausgestrahlt, listet Anfang September gut zwei Dutzend solcher „Scheinlösungen“ auf. An erster Stelle: Atomenergie.

Scheinlösungen, warnen die Autor*innen, lenken von tatsächlich klimagerechten Lösungen ab, indem sie Kapazitäten und Gelder binden sowie unrealistische Hoffnungen schüren. Die Website bündelt zu jedem Punkt Kurzinfos und weiterführende Links. Organisationen und Einzelpersonen können das Positionspapier zudem online unterzeichnen:

klimascheinloesungen.de



Atommüll-Sorgen in Bahlburg

Da die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) behauptet, in 54 Prozent des Bundesgebiets könne es sich lohnen, nach einem Standort für ein tiefengeologisches Atommüll-Lager zu suchen, ist bisher in kaum einer der benannten Regionen Betroffenheit entstanden. Anders ist die Situation seit diesem Sommer in Bahlburg südöstlich von Hamburg. Als durchsickert, dass die BGE anhand des unter dem Dorf liegenden Salzstocks ihre Methoden für die weitere Auswahl entwickeln will, ist die

Aufregung groß. In Windeseile gründet sich eine Bürgerinitiative. Etwa 250 der 750 Einwohner*innen wohnen am 1. September einer ersten Infoveranstaltung auf dem örtlichen Sportplatz bei. .ausgestrahlt ist mit der Standortsuche-Ausstellung präsent und vielgefragter Gesprächspartner.

ausgestrahlt.de/standortsuche



Foto: Jochen Stay

Über den Tod hinaus

Mit Dorothea Neumann und Felix Weigel sind dieses Jahr zwei Menschen verstorben, die .ausgestrahlt über Jahre hinweg unterstützt haben. Beide finanzierten zu Lebzeiten immer wieder kleinere oder größere .ausgestrahlt-Projekte und trugen mit ihren Spenden dazu bei, die Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt möglich zu machen.

„Ihr größter Wunsch war es, den Beginn eines entschlossenen weltweiten Atomausstiegs zu erleben“, stand in Dorotheas Traueranzeige, und weil dieser leider nicht im Erfüllung ging, bat sie anstelle von Blumen um Spenden für .ausgestrahlt.

Auch Felix war der Einsatz gegen Atomkraft ein Dauer-Anliegen. Er trug mit einem Vermächtnis dazu bei, dass .ausgestrahlt sich weiter für eine Welt ohne Atomkraft einsetzen kann. Beiden vielen Dank!

Möchtest auch Du .ausgestrahlt über Deinen Tod hinaus unterstützen, wende Dich mit allen Fragen dazu gerne an Ute Bruckart, Tel. 040 2531-8821.

ausgestrahlt.de/trauerspende

AKW Emsland: Korrosion auch bei der Sicherheitskultur

Die im Atomkraftwerk Emsland in Lingen entdeckten Risse und Lochfraß-Stellen an den Dampferzeuger-Heizrohren haben dieselben Ursachen wie die Risse und der Lochfraß im AKW Neckarwestheim. Das räumt die Bundesregierung Anfang September auf eine parlamentarische Anfrage der Linken ein, die Atomkraftgegner*innen aus Lingen mit Unterstützung von .ausgestrahlt angeregt hatten. Im AKW Neckarwestheim zeigt die Erfahrung, dass trotz aller getroffenen Gegenmaßnahmen Jahr für Jahr weitere Risse entstehen, wachsen und entdeckt werden. Auch im AKW Lingen schreitet der Lochfraß nachweislich weiter voran. Im Gegensatz dazu behauptet RWE – von der Atomaufsicht bisher unbeanstandet – die Korrosion in Lingen sei gestoppt. Mit dieser Begründung hat das Unternehmen bei der diesjährigen Revision nicht einmal mehr geprüft, ob wieder Risse entstanden sind. Auch der BUND Niedersachsen fordert nun, das Kraftwerk sofort abzuschalten und die ausgelassene Rissprüfung umgehend nachzuholen. Die niedersächsische Atomaufsicht hüllt sich dazu bisher in Schweigen.



*„Ich fördere
.ausgestrahlt, weil
wir den Druck auf die
Atomlobby und die
Politik aufrecht erhalten müssen – denn
mit den Problemen der Atomkraft-
nutzung und ihren Gefahren haben wir
noch lange zu tun.“*



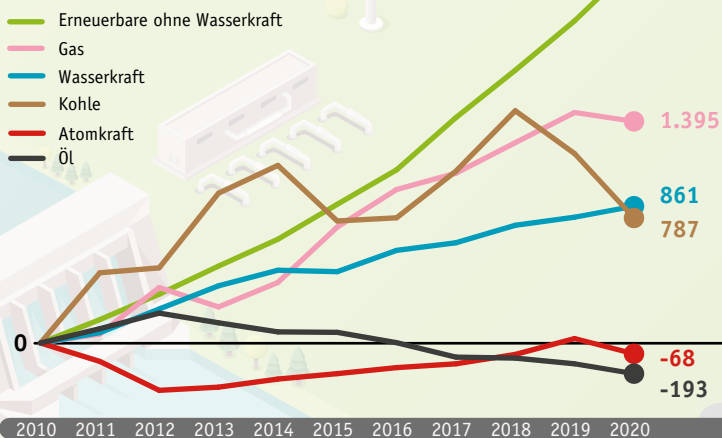
Foto: privat

Lothar Marg, Harsefeld

Erneuerbare weltweit auf dem Vormarsch

Infografik | Von wegen deutscher Sonderweg: Die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien wächst weltweit – und das stärker als die aus Kohle-, Gas-, Öl- und Atomstrom zusammen

Weltweiter Zuwachs der jährlichen Stromproduktion (brutto) seit 2010, nach Energieträgern, in Milliarden Kilowattstunden



Zunahme der Jahresstromproduktion im Zeitraum 2010–2020 aus ...

... Erneuerbaren (inkl. Wasserkraft): +3.247 Mrd. kWh
... Erneuerbaren (ohne Wasserkraft): +2.386 Mrd. kWh
... Gas + Kohle + Öl + Atom: +1.921 Mrd. kWh

Preisentwicklung* 2009–2020 für Strom aus neuen Kraftwerken

Windkraft -70%
Solar PV -90%
Atomkraft +33%

*Durchschnitt mehrerer Studien, Schwerpunkt Nordamerika

.ausgestrahlt fordert:

- Privilegien für Atomkraft streichen
- Erneuerbare ausbauen, Atomkraftwerke abschalten